Nr. 171 Juli 2021

# à propos

Das Friedensmagazin von KOFF

# Ostafrikas Chancen für Frieden ergreifen

swisspeace
Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

table of contents


1 schwerpunkt

Mosambik – Ohne die Jugend geht es nicht

2 dossier

Studio Sifaka – Radiosender und Sprachrohr für junge Menschen in Madagaskar

Südsudan – Zaghafte Fortschritte im Friedensprozess

Thematisierung und Aufarbeitung von Kriegsleid

Kenia – Die Rolle der kommunalen Konfliktlösung

Kenia – Polizeigewalt und der Kampf gegen Straffreiheit

Friedensarbeit und Gastronomie – das Calabash in Kenia

Südsudan – Die positive Rolle der Religion für den Frieden

3 erfahren sie mehr darüber

Stärkung der Gouvernanz im äthiopischen Sicherheitssektor

4 aktuell

Vierter KOFF Ton-Träger jetzt verfügbar!

terre des hommes schweiz veröffentlicht eine Studie zu Waffenhandel mit Brasilien und Polizeigewalt

Neuer swisspeace Policy Brief

5 agenda

Veranstaltungen & Events

# editorial

Mit einem riesigen Gebiet, das einundzwanzig Länder und mehr als 160 verschiedene ethnische Gruppen umfasst, ist die ostafrikanische Region äußerst facettenreich und reich an natürlichen und kulturellen Ressourcen. Dieser Reichtum und diese Vielfalt sind sowohl ein Vorteil, der das Potenzial für Frieden in dieser faszinierenden Region markiert, als auch eine Quelle für Konflikte und Instabilität. Südsudan, Mosambik, Äthiopien und Kenia sind immer noch von Gewalt betroffen, die durch interkommunale und religiöse Konflikte, grenzüberschreitende Rebellenaufstände oder gewaltsame Unterdrückung durch staatliche Sicherheitskräfte ausgelöst wird. Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen, deren Häufigkeit zunehmen dürfte, verschärfen diese Konflikte tendenziell noch. Trotz Defiziten und Verzögerungen bei der Umsetzung sind nationale Friedensinitiativen entstanden (z.B. der Friedensprozess im Südsudan oder die Sicherheitssektorreformen in Äthiopien). Gleichzeitig setzen sich lokale Organisationen und ihre in der Schweiz ansässigen Partner für Gewaltprävention und die Schaffung eines Klimas des Friedens ein. Mit beruflicher oder theologischer Ausbildung für Jugendliche, Radioprogrammen oder Gastronomie engagieren sie sich, um auf dem Potential, das Ostafrika für den Frieden zu bieten hat, aufzubauen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

*Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF ist Herausgeberin des Friedensmagazins à propos. Sie schafft damit eine Plattform für die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven ihrer Mitglieder und Partner_innen. Die Artikel im Magazin geben ausschliesslich die Ansichten und Haltungen der Autor_innen wieder und entsprechen nicht den Ansichten und Haltungen von KOFF oder swisspeace.*

schwerpunkt

# Mosambik – Ohne die Jugend geht es nicht

Durch Ausbildungen in der ökologischen Landwirtschaft oder in verschiedenen Berufen ermöglichen wir Jugendlichen eine Perspektive auf dem Land. Mario Macillau / terre des hommes schweiz

Palma ist eine kleine Stadt mit rund 75´000 Einwohner:innen im Norden Mosambiks. Es sind nur rund 25 Kilometer zur tansanischen Grenze und der Fischfang vor Ort dient den Menschen als Lebensunterhalt. Ein kleines Städtchen also, über das man in internationalen Medien bislang wohl noch nichts gelesen hat. Am Nachmittag des 24. März 2021 war diese vermeintliche Beschaulichkeit allerdings vorüber und Palma wurde der traurige Höhepunkt dessen, was im nördlichen Mosambik seit rund 3 Jahren vor sich geht. In den Nachmittagsstunden fiel eine bewaffnete Gruppe mit Verbindungen zum Islamischen Staat über das Städtchen her und erschoss und enthauptete in den folgenden Tagen mindestens 90 Menschen. Die Berichte, Fotos und Videos aus Palma sind erschreckend. «Wir sahen einen 14-jährigen Jungen, der auf seine erste Mission ging. Wir sahen ihn, sehr glücklich, wie er erzählte, wie er Menschen getötet hatte,» berichtet eine Frau. Sie ist eine von 23 Frauen, die von den rebellischen Gruppen – vor Ort auch «Machababos» genannt – gefangen gehalten wurden und fliehen konnten. Ihre Aussagen geben einen tiefen Einblick in die Gruppe der Angreifer:innen, welche die Provinz Cabo Delgado seit drei Jahren in Angst und Schrecken versetzt.

Cabo Delgado ist die nördlichste mosambikanische Provinz und rund 1´500 km von der

Hauptstadt Maputo ganz im Süden entfernt. Jahrelang war der äusserste Norden für die mosambikanische Regierung kaum von Interesse. Die Region hat eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Analphabet:innenrate liegt bei 67 % und mangelnde Perspektiven machen es islamistischen Anwerber:innen leicht, junge Menschen zu rekrutieren. Die öffentliche Unzufriedenheit mit der Regierung in Maputo wird dadurch befeuert, dass vor der Küste der Region riesige Gasvorkommen entdeckt wurden – die grössten Gasvorkommen Afrikas – vom vermeintlichen Boom aber hauptsächlich ausländische Firmen wie der französische Total Konzern und die Regierungspartei Frelimo profitieren. Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche vor Ort gibt es dadurch nicht wirklich. Die Reaktion der Regierung auf die jahrelangen Attacken in Cabo Delgado sind zudem relativ eindeutig – den Gaskonzernen wird Schutz versprochen und versucht mit Söldnergruppen, wie der berühmt-berüchtigten russischen Wagner Group oder zuletzt der südafrikanischen Dyck Advisory Group, den Konflikt unter Kontrolle zu bringen. Die Bevölkerung wird bei den Überlegungen eher vergessen. Die Regierungspartei Frelimo sieht mit dem Bürgerkrieg in Cabo Delgado ihr «Geschäftsmodell» im Zusammenhang mit den Erdgasgeschäften gefährdet. Dies erklärt auch, weshalb die Regierung die Angreifer:innen als ausländische Mitglieder des sogenannten IS betitelt, mit denen man nicht verhandeln könnte. Unabhängige Journalist:innen werden ausgewiesen, wie vor kurzem der Brite Tom Bowker, der als einer der wenigen über die Komplexität der Situation berichtete und die Versäumnisse der Regierung offen legte. Auch für nationale Journalist:innen wurde es in den letzten Jahren schwierig über die Situation in Cabo Delgado zu berichten. An Hilfsorganisationen werden keine Visa mehr ausgestellt, auch die EU-Beobachtermission wurde von Seiten der Regierung verzögert. Hilfe aus dem Ausland möchte man haben, aber nur in finanzieller Form und nicht durch die Anwesenheit von unabhängigen Beobachter:innen oder ausländischen Truppen, die auf die Versäumnisse der Regierung hinweisen könnten. Die Menschen in Mosambik sind zudem verwundert darüber, wie spät sich der Präsident Filipe Nyusi, der selbst in Cabo Delgado geboren wurde, zu den Anschlägen äussert.

Die jüngsten brutalen Angriffe in Palma haben gezeigt, dass der eingeschlagene Weg nicht die Lösung sein kann. Seit Oktober 2017, als die Attacken begannen, bis Ende Mai 2021, gab es fast 900 Angriffe, denen 2´852 Menschen zum Opfer fielen. Über 714´000 Personen sind innerhalb des Landes vertrieben (IDPs). Seit letztem Jahr und auch beim Angriff in Palma proklamierte der sogenannte IS den Anschlag für sich, die als Beweis verwendeten Fotos und Videos waren aber nachweislich älter. Aus den oben genannten Interviews mit den geflohenen Frauen wird deutlich, dass es sich – anders als die Regierung behauptet – Grossteils nicht um Ausländer:innen handelt, sondern um junge Männer aus der Region. Diese seien weniger vom Islamismus angetrieben als von der Frustration gegenüber der Regierung und von der Aussicht auf finanziellen Reichtum. Man geht davon aus, dass nur die Anführenden der Terrormiliz zum Grossteil männliche, gut gebildete Ausländer seien, hauptsächlich aus Tansania. Sie gehören der ursprünglich somalischen al Shabaab Miliz an. Die Gruppierung macht sich den Ärger der abgehängten Jugend in Cabo Delgado zu Nutze und schürt den Missmut auf die «ungläubige Regierung in Maputo» und die «plündernden» ausländischen Gasfirmen.

Die fehlenden Perspektiven und das Gefühl vergessen worden zu sein bei den Jugendlichen in Cabo Delgado ist einer der wichtigsten Ansatzpunkte, um den Konflikt dauerhaft zu lösen. Für Paula Macave, die nationale Koordinatorin von terre des hommes schweiz in Mosambik, ist die Jugendarbeitslosigkeit das grösste Problem. Deshalb werden in den

Projekten vor Ort Jugendliche dabei unterstützt, sich mit ökologischer Landwirtschaft oder einer Ausbildung eine wirtschaftliche Perspektive aufzubauen, zudem fördern wir das Wissen rund um die sexuelle Gesundheit, da Frühverheiratungen und Teenage-Schwangerschaften gerade im ländlichen Mosambik ein grosses Problem sind. Auch anderweitig scheint Bewegung in den Konflikt zu kommen: Portugal wird Truppen senden, auch die USA und Frankreich haben Unterstützung zugesagt. Der Druck durch die Afrikanische Union auf die mosambikanische Regierung, endlich externe Unterstützung zuzulassen, könnte helfen, sagt Paula Macave. Auch die katholische Kirche spricht die ursächlichen Probleme für den Konflikt offen an und kritisiert auch die Regierung: «Die Kirche möchte, dass die Jugendlichen ein anderes Leben führen als das, das sie jetzt führen. Deshalb ermutigen wir die Menschen, insbesondere die Jugendlichen, ihre Hoffnungen und Träume zu kultivieren und daran zu arbeiten, sie zu verwirklichen».

Und so ist unser Fazit relativ eindeutig: eine langfristige friedliche Lösung wird es nur geben, wenn externe Hilfe zugelassen wird, unabhängige Journalist:innen wieder über die Situation in Cabo Delgado berichten können und die Regierung die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nimmt. Denn der Frieden wird nur möglich sein, wenn die ärmeren Bevölkerungsschichten vom Export der riesigen Ressourcenvorkommen auch ein Stück abbekommen und Jugendliche im Land eine echte Perspektive erhalten. Daran arbeiten wir mit unseren Partner:innen jeden Tag.

terre des hommes schweiz
Jonas Wagner-Mörsdorf
Jonas.Wagner@terredeshommes.ch
Fundraising Institutionen, Programmkoordination Mosambik

links

- terre des hommes schweiz
- Dschihadisten nehmen Kleinstadt ein
- Characterization and social organization of machababos from the discourses of kidnapped women
- Mosambik: Gas-Investoren wollen islamistischem Terror trotzen
- An overview of foreign security involvement in Mozambique
- Mozambique: Hundreds killed - all parties to conflict commit war crimes
- Mozambique deports British journalist Tom Bowker
- Cabo Delgado – EU mission blocked, US demands allegiance, Portugal | By Joseph Hanlon
- Situation Summary - Cabo Delgado
- Mozambique News reports & clippings (April 2021)
- Mozambique News reports & clippings (March 2021)
- Mozambique: Catholic Bishops alert president to vulnerability of young people

dossier

# Studio Sifaka –

# Radiosender und Sprachrohr für junge Menschen in Madagaskar

Eine junge Journalistin von Studio Sifaka berichtet aus der Nähe von Andasibe, im Osten Madagaskars.
Iako M. Randrianarivelo / Fondation Hirondelle

**Der 2019 im Rahmen einer Partnerschaft der Vereinten Nationen und der Stiftung Hirondelle gegründete Radiosender Studio Sifaka bietet der madagassischen Jugend Zugang zu nützlichen, vertrauenswürdigen Informationen und gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Meinung friedlich zu äussern.** Seit Dezember 2019 bietet Studio Sifaka täglich **ein zweistündiges Rundfunkprogramm**. 24 lokale Rundfunkstationen, die fast 50 Prozent der Gesamtbevölkerung Madagaskars erreichen, übertragen das Programm. Die Inhalte umfassen ein Magazin mit nationalen und regionalen Nachrichten sowie Ratgeber (Gesundheit, Berufliches usw.), Gesprächsforen, Musik und Beiträge zur Landeskultur. Um die Produktion kümmert sich **ein junges madagassisches Redaktionsteam,** das von der Stiftung Hirondelle geschult und begleitet wird. Noch in diesem Jahr soll Studio Sifaka ein zu 100% madagassisches Unternehmen werden, mit der Unterstützung der Stiftung Hirondelle und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP).

Ende 2020 wurden die Hörerinnen und Hörer befragt, **in welchem Umfang sie Studio Sifaka nutzen und wie das Programm bei der Bevölkerung ankommt**, insbesondere bei jungen Menschen. Die Umfrage des international angesehenen Forschungsinstituts Kantar ergab, dass 4,3% der Bevölkerung jede Woche die über Radiopartner gesendeten Beiträge von Studio Sifaka verfolgen, und dass rund **320’400 Personen** ab einem Alter von 15 Jahren

regelmässig einschalten. Ein ermutigendes Resultat nach weniger als einem Jahr auf Sendung (zum Zeitpunkt der Umfrage), zumal es normalerweise länger dauert, bis ein neues Medium ein Publikum binden kann. Studio Sifaka richtet sich in erster Linie an ein Jugendliche und junge Erwachsene, die von den grossen Medien des Landes häufig vergessen werden.

90% der Stammhörerschaft sind zwischen 15 und 34 Jahren. **Damit wird die beabsichtigte Zielgruppe klar erreicht.** *«Wie ich festgestellt habe, sind einige meiner Bekannten, die früher nie Radio hörten, jetzt immer dabei, um zur gewohnten Stunde Studio Sifaka zu hören»*, berichtet ein Hörer in der ländlichen Gemeinde Vohipeno. *«Für uns ist es eine Art Treffpunkt geworden. Wir hören uns an, was sie im Radio sagen, und reden darüber. Manchmal gibt es danach lange Diskussionen. Die vielen Inhalte und Neuigkeiten, die wir jeden Tag hier erfahren, öffnen uns die Augen.»*

Ein weiterer Erfolg ist der hohe Frauenanteil von 57% im Publikum. Dies ist umso bemerkenswerter als die meisten Medien, insbesondere Nachrichtenmedien und -programme, in Afrika ebenso wie auf der ganzen Welt mehr Zuhörer haben als Zuhörerinnen. *«Ich als junge Frau weiss jetzt, was Belästigung und genderspezifische Gewalt sind»*, erklärt eine Hörerin aus der Stadt Sambava an der Nordostküste der Insel. *«Ich weiss, was ich tun muss und wohin ich mich wenden kann, falls mir oder einer Bekannten so etwas passieren sollte.»*

74% der Hörerschaft finden die Sendungen für ihr Alltagsleben «nützlich» oder sogar «unentbehrlich». 82% schätzen die Informationen von Sifaka als «vertrauenswürdig» ein, während 78% angaben, dass die Beiträge ausgewogen und sachlich sind und dass unterschiedliche Standpunkte geäussert werden. **Durch das Radioprogramm von Studio Sifaka hat sich das Verhalten von 60% der Hörerinnen und Hörer verändert.** 68% haben schon einmal Informationen an ihren Bekanntenkreis weitergegeben. *«Ethnische Diskriminierung ist bei uns keine Seltenheit. Man macht einen Unterschied zwischen Küstenvölkern und Merina, was oft zu Konflikten führt. Ich habe den Eindruck, dass es diese Klassifizierung im Programm von Studio Sifaka nicht gibt. Jedes Mal höre ich die verschiedensten Stimmen und Dialekte, woraus im Radio ein sehr harmonisches Ganzes entsteht. Dadurch ändert sich unser Verhältnis zu Jugendlichen aus anderen Regionen»*, so ein weiterer Hörer aus Sambava.

Fondation hirondelle
Nicolas Boissez
nicolas.boissez@hirondelle.org
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

links

- Fondation hirondelle
- Studio Sifaka

dossier

# Su□dsudan – Zaghafte Fortschritte im

# Friedensprozess

Dinka Malual- und Misseryia-Männer tanzen, um die erfolgreiche Durchführung der Friedenskonferenz zwischen den beiden Gemeinschaften zu feiern, Südsudan, 2010. Martina Santschi / swisspeace

Nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs gegen den Norden wurde der Südsudan am 9. Juli 2011 unabhängig und damit *de facto* der jüngste Staat der Welt. Zehn Jahre danach verzeichnet das Land einen traurigen Rekord: Seit der Unabhängigkeit hat es zwei weitere Bürgerkriege erlebt (2013–2015 und 2016–2018) und zwei neue Friedensabkommen unterzeichnet. Doch es besteht Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft.

Das zuletzt vereinbarte Friedensabkommen, das *Revitalized Agreement on the Resolution of the Conflict in South Sudan (R-ARCSS),* wird gerade umgesetzt. Trotz vieler Herausforderungen macht es kontinuierlich kleine Fortschritte. Die langsame Umsetzung hat verschiedene Ursachen. Darunter tiefes Misstrauen, regionale Interventionen, die dem Prozess nicht unbedingt zuträglich waren, und internationaler Druck, der nicht immer angemessen gehandhabt wurde. Und auch ein Friedensprozess, der den Eliten gewissermassen aufgedrängt wurde, mangelnde Eigenverantwortung hinsichtlich des Abkommens und die in der Region herrschende Krise. Der Waffenstillstand zwischen den Hauptkontrahenten hält weitgehend. Allerdings kommt es im Zusammenhang mit Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Dürren) immer wieder zu ausserordentlicher Gewalt zwischen einzelnen Gemeinschaften. Die Zahl der Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, wird auf 8,3 Millionen geschätzt (South Sudan Humanitarian Needs Overview 2021 (January 2021) – South Sudan | ReliefWeb – 14.06.2021 – nur auf Englisch).

In dem Konflikt greifen verschiedene Ebenen von Gemeinschaften ineinander, von der lokalen, über die regionale, subnationale und nationale bis hin zur internationalen Ebene. Innerhalb dieser Ebenen gibt es Querschnittsthemen, die sich gegenseitig auf vielfältige Weise beeinflussen. Dazu gehören die Festlegung von Binnen- und Landesgrenzen, die Verbreitung von Waffen und die Zunahme bewaffneter Gruppen, wirtschaftliche Not, der

Kampf um natürliche Ressourcen, ethnische Probleme sowie der Mangel an funktionierenden Institutionen und Rechenschaftsmechanismen.

In diesem Umfeld sind drei Szenarien denkbar. Das erste ist eine weiterhin selektive und verzögerte Anwendung des R-ARCSS, bei der nur ein paar der Bestimmungen des Abkommens umgesetzt werden, und überdies langsamer als geplant. Zweitens könnten der Zerfall des Patronagesystems und der Zusammenbruch der Wirtschaft dazu führen, dass sich die lokal begrenzten Konflikte auf die nationale Ebene ausweiten. Das dritte und optimistischste Szenario wären erfolgreiche Reformen und Veränderungen der politischen Dynamiken. Eine wachsende Zahl gebildeter, international vernetzter, junger Menschen, eine relativ kleine, aber aktive Zivilgesellschaft, Frauenorganisationen und Geschäftsleute drängen im Südsudan unermüdlich auf Reformen. Einflussreiche Mitglieder der «älteren» Generation zeigen sich zunehmend kritisch darüber, wie öffentliche Institutionen bisher geführt wurden, und machen sich allmählich bewusst, welches Erbe sie hinterlassen werden. Wenn die Weichen richtig gestellt werden, kann man sich gut vorstellen, dass die im Friedensabkommen vorgesehenen grundlegenden Reformen Realität werden und diese schöne Nation Schritt für Schritt eine friedliche Entwicklung vollzieht.

Center for Security Studies ETH Zürich
Joane Holliger
joane_h@hotmail.com
Senior Program Officer, Mediation Support Team

links

- Center for Security Studies ETH Zürich

dossier

# Thematisierung und Aufarbeitung von Kriegsleid

Maaji II Flüchtlingssiedlung in Adjumani, Norduganda, April 2021. Alice Horner.

Nach zwanzig Jahren der Konflikte zwischen der *Lord's Resistance Army* (LRA) und der ugandischen Regierung hat die Rebellion in dem Land ein Ende. Doch in der Bevölkerung sind die Wunden nicht verheilt und die Folgen der verübten Verbrechen noch immer spürbar, obwohl in Uganda seit Mitte der 2000er Jahre eine gewisse Stabilität herrscht. Wegen dieser Stabilität sind 1,5 Millionen Menschen nach Uganda geflüchtet (UNHCR, April 2021), das somit das grösste Aufnahmeland Ostafrikas ist. Die Flüchtlinge stammen hauptsächlich aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo. Sie fliehen vor Konflikten und Menschenrechtsverletzungen, wie Massaker, Folter und Verschleppung.

Die Organisation *Refugee Law Project* (RLP) wurde 1999 gegründet, um Flüchtlingen, deren Rechte missachtet wurden, unentgeltlich juristischen Beistand anzubieten. Wie sich herausstellte, lagen den Rechtsfragen aber viel tiefergehende Probleme zugrunde, die vor allem durch psychische, physische und sexuelle Gewalt in den Konfliktgebieten oder auf der Flucht verursacht worden waren. Deshalb weitete RLP sein Hilfsangebot aus. Das Projekt unterstützt aktuell Asylsuchende, Flüchtlinge, Verschleppte, Binnenvertriebene und Aufnahmegemeinschaften.

Man geht gemeinhin davon aus, dass sexuelle Gewalt in Konfliktsituationen an der Tagesordnung ist, doch fehlen dazu bis heute robuste Daten. In einem Kontext, in dem sexuelle Gewalt ignoriert und tabuisiert wird, scheuen sich die Betroffenen zumeist, Hilfe zu suchen, und erhalten daher keine angemessene Unterstützung.

RLP hat eine systematische Herangehensweise entwickelt, mit sich besser erfassen lässt, was das Opfer durchgemacht hat und was genau benötigt wird, damit eine umfassende Unterstützung möglich ist. Mithilfe eines Tablets und eines interaktiven Fragebogens (dem sogenannten *Screening Tool*) können die Ratsuchenden den Mitarbeitenden von RLP das Erlebte und die im Krieg erlittenen Schäden mitteilen. Von den 6'500 Personen, die das Screening in den vergangenen drei Jahren nutzten, haben achtzig Prozent das Gespräch positiv bewertet, fünfzehn Prozent neutral und fünf Prozent negativ. Die meisten

Teilnehmenden gaben an, dass es das erste Mal war, dass ihnen eine Hilfsorganisation so viel Zeit und Aufmerksamkeit widmete.

Nach dem Screening verfügen die Mitarbeitenden von RLP über genügend Informationen, um die passenden Massnahmen vorzuschlagen. Dies kann juristische oder psychologische Beratung durch die Organisation sein, oder die Ratsuchenden werden an ein Spital verwiesen, mit dem RLP zusammenarbeitet. Der zehnminütige Dokumentarfilm «21 years running» (siehe nebenstehenden Link) ist aus den Screenings von RLP hervorgegangen. Eine Frau spricht über die sexuelle Gewalt, die ihr während des Konflikts im Südsudan zugefügt wurde und die dramatische Folgen für ihre Gesundheit und ihr Leben hatte.

Das systematische Screening von RLP trägt wesentlich dazu bei, die Dunkelziffer von sexueller Gewalt in Konfliktsituationen zu verringern. Einerseits können anhand des Screenings die Bedürfnisse der Gewaltopfer ermittelt und ihnen gezielte Hilfeleistungen angeboten werden. Andererseits dienen die erfassten Daten und die daraus erstellten Statistiken als fundierte Grundlage für eine auf Fakten beruhende Argumentation. Auf diese Weise trägt die Aufarbeitung und Dokumentation von Schäden, die Menschen im Zusammenhang mit Kriegen erlitten haben, zur Friedensförderung bei.

Eirene Suisse und Refugee Law Project
Alice Horner
a.alicehorner@gmail.com
Datenanalystin

links

- Eirene Suisse
- Refugee Law Project
- Dokumentar "21 Years Running" (en)

dossier

# Kenia – Die Rolle der kommunalen Konfliktlösung

Nyahururu Friedenskomitee in Kenia, Februar 2020. Fastenopfer

In den ariden und semi-ariden Regionen Kenias hat sich Viehdiebstahl zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Inmitten von ethnischen Auseinandersetzungen, Banditentum, Übergriffen auf privates Grundeigentum und politischen Streitigkeiten entlang ethnischer Trennlinien ist dieses Verbrechen symptomatisch für den steigenden Druck auf natürliche Ressourcen. Auch im County Baringo hat die Zahl der Gewalttaten in den vergangenen Monaten zugenommen. In der Region herrscht das ganze Jahr über ein heisses, trockenes Klima mit schwankenden Niederschlägen. Die Verfügbarkeit von Wasser und der Zugang dazu sind ein ständiges Problem, insbesondere während der Trockenzeit in tiefer gelegenen Gegenden.

Die Katholische Diözese Nyahururu in Mochongoi ist eine der wenigen Organisationen, die in dieser Region tätig sind. Sie führte Analysen der genannten Konflikte durch, wobei verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen einbezogen wurden: traditionelle Dorfälteste, Frauengruppen, der Sicherheitssektor, County-Verwaltungen und religiöse Oberhäupter. Sie bestätigten, was bereits über die Ursachen der Konflikte bekannt war. Ausserdem stellte sich heraus, dass über die nördliche Landesgrenze illegal Waffen ins Land geschmuggelt werden. Durch den Gebrauch von Waffen sind die seit Langem praktizierten Überfalle auf Viehherden inzwischen mehr als nur ein Mittel zur Umverteilung von Besitz unter Viehhaltern: Sie sind eine Art gewerbliche Tätigkeit geworden, was durch politische Einflussnahme und Korruption noch verschlimmert wird. Da es an entwickelter Infrastruktur mangelt und die geografischen Bedingungen um West Pokot schwierig sind, gelingt es der Polizei nur selten, die bewaffneten Diebe zu verfolgen und die gestohlenen Tiere zurückzubringen. Die Sicherheitskräfte können mit der Bevölkerung nicht richtig kommunizieren, sind unzureichend ausgerüstet und werden so oft selbst zur Zielscheibe.

Die Konflikte treffen vor allem die lokalen Gemeinschaften hart. Die Zahl der Binnenvertriebenen, die von den Niederungen Mochongois in die Berge ziehen, hat zugenommen, wodurch in der Projektregion der Bedarf an Grunddiensten gestiegen ist. Jugendliche und junge Erwachsene haben daher kaum Zugang zu Bildung und bleiben

chancenlos. So geraten viele in eine Abwärtsspirale aus Alkohol, Untätigkeit und Gewaltbereitschaft. In den letzten fünf Jahren wurden mehr als zehn Primarschulen mutwillig beschädigt und Gemeinschaftsprojekte bedroht. Da viele Männer mit ihrem Leben bezahlen müssen, kommt es zunehmend auch zu Angriffen auf Frauen und Kinder, die die Männer beim Viehhüten ersetzen. Immer mehr Witwen übernehmen die Rolle des Haushaltsvorstands, und zahlreiche Frauen lassen sich in informellen Siedlungen nieder, da sie nicht genug Land für den Gemüseanbau und die Ernährung ihrer Familien besitzen.

Die Diözese Nyahururu versucht, diesen Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen. Durch Vermittlung von Techniken der Konfliktanalyse und -bewältigung stärkt das Caritas-Team lokale Friedenskomitees. In den Komitees kommen Viehhalter und Bauern zusammen, die von den Konflikten in dieser Region betroffen sind und zu ihrer Lösung beitragen können. Die Mitglieder lernen, schwere Straftaten von Fällen, in denen sie selbst vermitteln können, zu unterscheiden. Sie arbeiten eng mit anderen wichtigen Akteurinnen und Akteuren zusammen, etwa mit der Polizei oder mit Stammesältesten, deren Rolle bei traditionellen Konfliktlösungsmechanismen entscheidend ist. Viehdiebstahl zählt zu den Konflikten, in denen die Friedenskomitees zunächst allein einen Lösungsversuch unternehmen. Da das Vieh oft über grosse Entfernungen transportiert wird, bitten die Komiteemitglieder Friedenskomitees in anderen Gebieten um Hilfe beim Aufspüren. Im Idealfall einigen sich die Verantwortlichen der betroffenen Gemeinden und die Tiere werden zurückgeführt. Dies ist den zahlreichen vertrauensbildenden Massnahmen der Komitees zu verdanken. 2020 wurden den Friedenskomitees acht Fälle mit insgesamt 600 gestohlenen Rindern gemeldet. Alle konnten wieder zurückgeholt werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie sind Zusammenkünfte der Friedenskomitees nur eingeschränkt möglich. Unterdessen steigt durch die Auswirkungen des Klimawandels das Risiko von Konflikten um Ressourcen. Angesichts der näher rückende Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist es umso wahrscheinlicher, dass Politikerinnen und Politiker ethnische Rivalitäten für ihre Zwecke ausnutzen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig Friedenskomitees mit einer sehr lokalen Verankerung sind, die eng mit einem grösseren Netzwerk aus Friedensakteur:innen zusammenarbeiten.

Caritas Nyahururu
James Mugambi
Projektverantwortlicher
Fastenopfer
Stellamaris Mulaeh
Friedens- und Konfliktspezialist
Fastenopfer
Leon Jander
Programmverantwortlicher

links

- Caritas Nyahururu
- Fastenopfer Kenia

# Kenia – Polizeigewalt und der Kampf gegen Straffreiheit

Aktivisten des Zentrums für soziale Gerechtigkeit im Stadtviertel Mathare (Nairobi), das durch PBI Kenya unterstützt wird, 2019. PBI

Als George Floyd im Mai 2020 bei einer gewaltsamen Festnahme ums Leben kam, war die ganze Welt schockiert. Seine letzten Worte «I can't breathe» hatten eine grosse Wirkung auf die öffentliche Meinung. Der Fall brachte die Gesellschaft dazu, sich mit Themen wie Polizeigewalt und Rassismus auseinanderzusetzen. Leider handelt es sich nicht um einen Einzelfall. In anderen Ländern kommt es tagtäglich zu gewaltsamen Polizeieinsätzen – ohne grosse Medienaufmerksamkeit.

Eines dieser Länder ist Kenia, wo umfassende Dokumentationen über unzählige schwere Menschrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte existieren. Folter, Verschleppungen, Vergewaltigungen, aussergerichtliche Hinrichtungen … Um im Namen der Sicherheit durchzugreifen, wenden die Behörden regelmässig exzessive Gewalt an. Dem Jahresbericht von *Missing Voices* zufolge wurden im Jahr 2020 in Kenia 157 Menschen von der Polizei getötet.

Am 27. März 2020 verhängte die kenianische Regierung zusammen mit anderen restriktiven Massnahmen eine Ausgangssperre, mit dem Ziel, die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen. Die Durchsetzung der Massnahmen blieb nicht ohne Folgen. Demonstrationen und Versammlungen wurden verboten. Mit willkürlicher, überzogener Gewalt schränkte die Polizei die Meinungsfreiheit ein. Ein augenfälliges Beispiel ist der Tod des 13-jährigen Yasin Moyo. Während eines Einsatzes zur Kontrolle der Ausgangssperre

wurde der Junge auf seinem Balkon von einem Polizisten erschossen.

Im Zuge der fortschreitenden Pandemie und der Kritik seitens verschiedener Menschenrechtsorganisationen entschuldigte sich Präsident Kenyatta zwar für die zahlreichen Übergriffe durch die Polizei, setzte ihnen jedoch kein Ende. Im Februar 2021 bewegte ein beispielloser Prozess die kenianische Justiz: Fünfzehn Polizeiangehörige und sechs Ordnungskräfte standen wegen im März 2020 verübter Gewalttaten vor Gericht. Trotz grosser Hoffnungen der Opfer wurde die Anklage fallen gelassen.

Die Bekämpfung der Straffreiheit von Polizeigewalt und die Förderung der Beziehungen zwischen Polizei und Gemeinschaften gehören zu den begleitenden Zielen von PBI Kenya. Die Brutalität von Polizeikräften hat dazu geführt, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner marginalisierter Viertel organisieren, vor allem in Form sogenannter Zentren für soziale Gerechtigkeit. In Zusammenarbeit mit PBI setzen sich diese Zentren für die Bekämpfung solcher Missbräuche ein. Durch kontinuierlichen Dialog mit nationalen und internationalen Behörden möchten sie erreichen, dass die Regierung die Menschenrechte einhält. Dieses Jahr feiert Peace Brigades International sein 40. Jubiläum. Aus diesem Anlass erinnern wir daran, wie wichtig und notwendig die Friedensförderung und die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen wie Polizeigewalt sind.

Peace Brigades International (PBI) Schweiz
Ines Alfaro
ines.alfaro@peacebrigades.ch
Assistentin Kommunikation und Fundraising

links

- Peace Brigades International (PBI) Schweiz
- Missing voices Jahresbericht
- PBI Kenya

dossier

# Friedensarbeit und Gastronomie – das Calabash in Kenia

Das Calabash Community Restaurant ist Teil des Orwa-Projekts von Cuisine sans frontières in Kenia. Caspar Hedberg

Mitarbeiter:innen von Cuisine sans frontières (Csf) reisten vor gut zehn Jahren in die weite Ebene des Rift Valley zur Grenze zwischen West Pokot- und Turkana County in Kenia.

Die Hirt:innen der ansässigen Gemeinschaften standen im Konflikt um die Wasserstellen und raubten sich gegenseitig das Vieh. Instrumentalisiert von lokalen Kriegsherren entstanden bewaffnete Gruppen, welche Konvois überfielen und sich mit dem Schmuggel von Waffen und Munition bereicherten.

Ein Projekt mit dem Namen Cabesi (Camels, Bees, Silk) hatte trotz allem sowohl im Pokot- als auch im Turkanaland Fuss gefasst. Beim kleinen Ort Orwa war nun der Bau eines Kamelzentrums geplant. Die Idee, das Kamel als Nutztier den Pokot näherzubringen, sollte auch eine Lösung in der klimawandelbedingten Wasserknappheit bieten. Da die Turkana den Umgang mit Kamelen bereits gewohnt waren, war das Kamelzentrum als Beitrag zum Wissenstransfer und zur Versöhnung zwischen den beiden Gemeinschaften gedacht.

Csf hatte die Aufgabe, das Kamelzentrum mit Unterkünften und einem Restaurant zu begleiten. Sie stellte die Mittel zum Bau zur Verfügung und entsandte Freiwillige nach Orwa. Es entstand das Restaurant Calabash mit Küche, Vorratsräumen, Gastraum, ein paar einfachen Hütten zum Übernachten und einem grossen Platz im Freien. Im Vorfeld traf sich Csf mit den Chiefs der umliegenden Dörfer und kontaktierte die Anführer:innen der bewaffneten Gruppen. In sorgfältigen Verhandlungen präsentierten die Mitarbeiter:innen das Restaurant, Seminar- und Kamelkonzept, welches freundlich aufgenommen wurde.

Die Eröffnung des Calabash war ein lokales Grossereignis, das von über 1000 Leuten besucht wurde. Ziegen wurden geschlachtet, Ugali und Sukuma Wiki gekocht und Lampions aufgehängt. Repräsentant:innen aller Gemeinschaften waren eingeladen, mit der Bitte, auf ein friedliches Zusammensein zu achten. Die Gäste leisteten Folge und das Einweihungsfest verlief friedlich.

Seither waren immer wieder Csf-Teams vor Ort. Die einheimische Equipe ist der Arbeit durchaus gewachsen, wird aber durch die Csf-Präsenz zusätzlich vor Übergriffen der einen oder anderen Seite geschützt. Heute ist das Calabash eine friedliche Oase, wo sich die Bewohner:innen der Region treffen. Seit zehn Jahren gab es keine gewaltsamen Zwischenfälle mehr. Stattdessen werden Schönheitswettbewerbe, Theateraufführungen, Sporttage sowie Filmabende abgehalten und regelmässig Fussball geschaut. Ab und zu übernachten sogar Tourist:innen im Calabash. Die Kämpfe sind deutlich weniger geworden und der Betrieb ist auf bestem Weg, selbsttragend zu werden. Friedensarbeit bedeutet Arbeit an der Gemeinschaft. Und Gemeinschaft braucht Gastronomie.

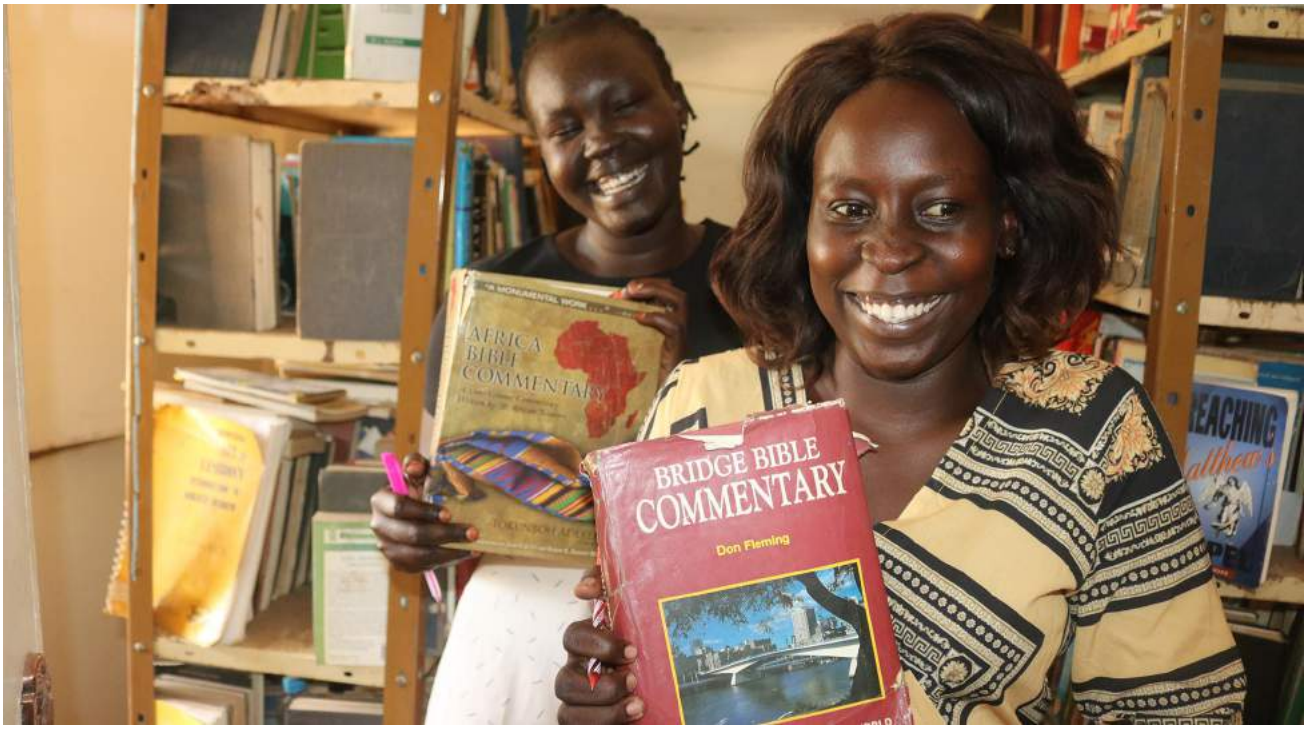
Cuisine sans frontières
Anna Hofmann
anna.hofmann@cuisinesansfrontieres.ch
Geschäftsführerin

links

- Cuisine sans frontières (Csf)
- Cuisine sans frontières in Orwa

dossier

# Südsudan – Die positive Rolle der Religion für den Frieden



Studentinnen am Nile Theological College. Mission 21

Religion für den Frieden? Man hört oft, dass Religion Konflikte schürt oder sogar entfacht und nicht dazu führt, dass Frieden wieder hergestellt wird.

Anders im Südsudan. Im Jahr 2011 hat sich das mehrheitlich christliche Land vom muslimischen Norden unabhängig erklärt. Doch nur zwei Jahre später begann ein machtpolitischer Bürgerkrieg, der auf dem Rücken der verschiedenen Ethnien ausgetragen wurde. Auch wenn seither mehr als genug Friedensverträge geschlossen wurden, ist Gewalt ein ständiger Begleiter in vielen Teilen des Landes.

Mission 21 arbeitet als christliche NGO vor Ort hauptsächlich mit glaubensbasierten Partnerorganisationen zusammen. Im Südsudan sind der Südsudanesische Kirchenbund (SSCC) und die Presbyterianische Kirche des Südsudan (PCOSS) wichtige Partner:innen im Bereich der Friedensförderung. Bei der PCOSS beginnt die Friedensförderung bereits bei der theologischen Ausbildung. Mit dem Nile Theological College (NTC) setzen die Kirchen auf die universitäre Ausbildung bei Pfarrpersonen. Im Curriculum ist die Friedens- und Versöhnungsarbeit genauso fest verankert wie gutes Führungsverständnis. Die Studierenden, unter ihnen auch zwölf Frauen, werden dazu ermuntert, sich mit Themen gesellschaftskritisch auseinanderzusetzen, anstatt nur Meinungen anderer zu übernehmen. Als Pfarrperson haben sie später grossen Einfluss auf die Menschen ihrer Gemeinde und können so „Agent:innen des Friedens“ werden. Die Grösse der Gemeinden führt dazu, dass jeweils zwischen 1‘000 – 3‘000 Menschen beim Sonntagsgottesdienst den Worten einer Pfarrperson lauschen. Eine Fehlinterpretation der Theologie oder der Rolle der Pfarrperson selbst birgt deshalb ein hohes Risiko.

Erfahrungen haben zudem gezeigt, dass Frauen im Bereich der Versöhnungsarbeit besonders grossen Erfolg haben. Viele unterstützen Friedensbemühungen, da sie für ihre Kinder eine gesicherte Zukunft ohne Gewalt wollen. In dem von Mission 21 unterstützten Projekt „Frauen für den Frieden“ werden Frauen in unterschiedlichen Rollen gestärkt. Dies kann durch ein Theologiestudium geschehen, aber auch durch Primar- oder Berufsbildung.

Auch im Bereich der Einkommensförderung werden Frauen unterstützt. Dies ist wichtig, um sich in einem männerdominierten Land eine Stimme zu erkämpfen. Die Stärkung von Frauen und ihren Rechten ist auch eine wichtige Grundlage dafür, dass Frauen eine aktivere Rolle im Friedensprozess einnehmen können.

Mission 21 – evangelisches Missionswerk Basel
Dorina Waldmeyer
Program Officer Südsudan

links

- Mission 21 – evangelisches Missionswerk Basel

---

erfahren sie mehr darüber

# Stärkung der Gouvernanz im äthiopischen Sicherheitssektor

Bole, Addis Ababa, Februar 2015. Jasmine Halki / Creative Commons

Äthiopien steht angesichts der erhöhten Spannungen an einem kritischen Scheideweg (Konflikt in Tigray, Wahlen, die ehrgeizige Reformagenda des Premierministers und politischer Umbruch). Neben der zunehmenden politischen und ethnischen Polarisierung

erfährt das Land eine beispiellose interne Sicherheitskrise, die Frieden und Stabilität immer stärker bedroht. Trotz dieser Herausforderungen ist das aktuelle Umfeld relativ günstig für strategische Reformen des Polizeiwesens, wodurch einige der strukturellen oder institutionellen Faktoren verändert werden könnten, die die jüngste Eskalation von Gewalt und Konflikten ermöglicht oder sogar begünstigt haben. Der Weg zu Frieden und Entwicklung führt in erster Linie über gesamtgesellschaftlichen politischen Dialog und Zusammenhalt. Darüber hinaus ist eine Überprüfung der Gouvernanz im Sicherheitssektor und der Reformdefizite massgeblich für den weiteren Verlauf der Bemühungen zur Konfliktprävention. Bislang haben nationale und internationale Akteure der Gouvernanz im äthiopischen Sicherheitssektor jedoch nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

In Ermangelung eines wirksamen zivilen Kontrollsystems ist es schwierig, den Einfluss der Politik auf Sicherheitsoperationen zu begrenzen, den Sicherheitssektor für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen, auf das Verhalten von Sicherheitsinstitutionen einzuwirken und in Äthiopien einen Sicherheitsansatz zu schaffen, der die Zivilbevölkerung besser berücksichtigt. Da von aussen kaum eine Forderung nach Reformen oder Verhaltensänderungen kommt, kann sich der Sicherheitssektor schädigende Verhaltensweisen erlauben oder sogar straffrei handeln. Die grösste Schwierigkeit liegt darin, dass das 2018 geschaffene Ministerium für Frieden mit der Aufsicht über alle zivilen Sicherheitsbehörden betraut wurde. Die Kapazitäten sind jedoch begrenzt und die Zuständigkeiten für die Aufsicht über den Sicherheitssektor unzureichend definiert. Für die Überwachung der Polizeiarbeit steht dem Ministerium nur eine Handvoll Mitarbeitende zur Verfügung, wovon einige sogar von der Polizei selbst an die Behörde abgeordnet wurden. In der Praxis übernehmen diese Mitarbeitenden oft andere Aufgaben des Ministeriums, darunter auch die Koordination humanitärer Hilfe. Angesichts der über 140’000 Polizeikräfte in dem Land mit der zweithöchsten Bevölkerungszahl Afrikas wird deutlich, dass die für den Gesetzesvollzug abgestellten Kapazitäten des ministerialen Beamtenapparats der komplexen Aufgabe, die Leistung sowie das Budget zu überprüfen und die Umsetzung von Polizeireformen durchzuführen oder gar zu überwachen, nicht gewachsen sind. Aus diesem Grund hat das Ministerium Zuständigkeiten oft anderen Institutionen übertragen oder die Polizei sich selbst überlassen. Der Aufbau von Kapazitäten sollte auf jeden Fall Hand in Hand mit der Entwicklung eines strategischen Konzepts erfolgen, das die Gesamtrolle des Ministeriums im breiteren Rahmen der Sicherheitssektorgouvernanz definiert.

Äthiopien muss seine regionale und nationale Sicherheitsarchitektur kritisch hinterfragen. Dies umfasst auch eine bessere Regulierung der in die interne Sicherheit involvierten Akteure, damit der Einsatz oder Beizug von Spezialkräften und Milizen für Polizei- oder andere kritische Zivilschutzangelegenheiten begrenzt werden kann. Aufgrund der mangelhaften Regulierung und Aufsicht haben die Regionen häufig ihre weitreichenden Befugnisse genutzt, um eigene Spezialkräfte einzurichten, die dem Militär in Bezug auf Ausrüstung und Grösse in nichts nachstehen. Da klare Massstäbe für Operationen und Ausbildung sowie eine effektive Aufsicht über die Spezialkräfte fehlen, wurden sie nicht selten zum Anzetteln von Gewalt und Übergriffen missbraucht. Die jüngste Zunahme von Konflikten bestätigt, dass dringend durch einen umfassenden, strategischen Dialog geklärt werden muss, wie diese Kräfte überwacht und zur Verantwortung gezogen werden können. Es bedarf einer langfristigen Strategie zum Abbau ihrer Einsätze und zur Befähigung der regulären Polizei, diese Aufgaben, die eigentlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, wahrzunehmen.

Seit Beginn des politischen Wandels im Jahr 2018 hat die Bundespolizeikommission Äthiopiens in aller Stille einige wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Nachdem eine ehrgeizige Reformagenda formuliert wurde und die Polizeiführung selbst Reformen verlangt, könnte der Zeitpunkt für eine Neugestaltung der äthiopischen Bundespolizei trotz der Krise nicht besser sein. Ende 2020 verabschiedete Äthiopien eine ambitionierte neue Polizeidoktrin, die sowohl die Bundes- als auch die Regionalpolizei verpflichtet, sich auf internationale Standards, Werte und Grundsätze zu berufen. Die Polizeidoktrin allein garantiert zwar nicht, dass im Anschluss eine Reform durchgeführt wird, dient aber als bedeutender Bezugswert und Rahmen für die Förderung einer Polizeireform. Insbesondere behandelt sie wesentliche politische Verpflichtungen, die sicherstellen sollen, dass die Polizei Rechenschaft ablegt, die Menschenrechte einhält und eine inklusive, repräsentative Organisation ist. Gleichzeitig soll die neue Polizeidoktrin politisch motivierte Ernennungen und politische Einflussnahme verringern, operationelle Konzepte für eine gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit einführen und dafür sorgen, dass die Regelung der öffentlichen Ordnung durch die Polizei verhältnismässig ist, was sich ebenfalls direkt auf Polizeioperationen auswirken dürfte. Als Reaktion auf die Doktrin hat die äthiopische Bundespolizei mit den notwendigen Reformen begonnen, einschliesslich der Entwicklung eines neuen Mechanismus zur Bearbeitung öffentlicher Beschwerden, Investitionen zur Schulung von Polizeikräften durch die Polizeihochschule, der Erprobung von nachrichtendienstlich gestützter Polizeiarbeit und der Priorisierung von Ermittlungsstrukturen und -ansätzen.

Nur wenn Effizienz und Rechenschaftslegung der Polizei verbessert werden, verfügt die Regierung über die erforderlichen Instrumente, um auf zukünftige Sicherheitsprobleme in Äthiopien verhältnismässig und wirksam reagieren zu können. Trotz einer klar erkennbaren Chance, die Polizeireform voranzubringen, bleibt die Herausforderung bestehen, dass die internationale Gemeinschaft den Bedarf an Beratung und finanzieller Unterstützung bisher nicht priorisiert hat.

DCAF - Abteilung Subsahara-Afrika
Alexander Burian
SSR Senior Expert

links

aktuell

# Vierter KOFF Ton-Träger jetzt verfügbar!

Die vierte Folge des KOFF Ton-Trägers “Promoting a culture of nonviolence and peace during a global pandemic” beleuchtet die Förderung einer Kultur der Gewaltfreiheit und des Friedens (CNV&P) während der laufenden Covid-19-Pandemie. Drei Expertinnen aus der Friedensförderung diskutieren das Konzept der CNV&P, seine Relevanz für ihre Friedensförderungsarbeit und die Herausforderungen und Chancen, die sich aus der Pandemie für ihr Engagement auf kommunaler und multilateraler Ebene sowie im digitalen Bereich ergeben.

**Gäste:**

Katia Aeby, Geschäftsführerin von Peace Brigades International Schweiz

Florence Foster, Beauftragte für Frieden und Abrüstung im Quaker United Nations Office

Emma Baumhofer, Expertin für digitale Friedensförderung bei swisspeace

**Moderation & Realisation:**

Natalina Haller, KOFF/swisspeace

links

- KOFF Podcast Ton-Träger

aktuell

# Melden Sie sich jetzt für ein Weiterbildungsprogram von swisspeace an

Das “Certificate of Advanced Studies (CAS) Religion, Peace & Conflict” erforscht verschiedene Aspekte von Religion in Bezug auf Frieden und Konflikt. Der Kurs befasst sich mit der Rolle, die Religion in Frieden und Konflikt spielen kann, der Beziehung zwischen Religion und Staat und Trends der Radikalisierung durch verschiedenen Fallstudien.

Das “Certificate of Advanced Studies (CAS) Peacebuilding Essentials” richtet sich an Praktiker:innen und Akademiker:innen, die ihre eigenen Erfahrungen mit aktuellen konzeptionellen Erkenntnissen und praktischem Wissen zur Friedensförderung verknüpfen

wollen.

Beide Programme finden von Herbst 2021 bis Herbst 2022 an der Universität Basel oder in einem virtuellen Format stat.

links

- Bewerben Sie sich bis zum 30. August 2021!

aktuell

# terre des hommes schweiz veröffentlicht eine Studie zu Waffenhandel mit Brasilien und Polizeigewalt

Bruno Itan #olharcomplexo, Polizeieinsatz in Rio de Janeiro

Leichter Zugang zu Feuerwaffen ist ein wesentlicher Motor der Gewaltspirale in Brasilien. Welche Verantwortung haben Waffenlieferanten wie die Schweiz? Dieser Frage geht eine neue Studie von terre des hommes schweiz und terre des hommes Deutschland auf den Grund.

Sie analysiert das Ausmass der Waffengewalt in Brasilien und welche Rolle Rüstungsgüter aus Europa in Gewaltverbrechen in Brasilien spielen. Zudem zeigt sie Hintergründe der zunehmenden tödlichen Polizeigewalt auf und gibt Einschätzungen zur Effizienz der Kontrolle der staatlichen Waffenbestände. Daraus werden Empfehlungen für die stärkere Regulierung Schweizer Waffenexporte nach Brasilien abgeleitet.

links

- Studie"Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel"

---

aktuell

# Neuer swisspeace Policy Brief

Dieser policy brief fasst die Ergebnisse des “joint learning process on peacebuilding and migration” zusammen, der von KOFF – der Schweizer Plattform für Friedensförderung – moderiert wurde, sowie die daraus resultierende Web-Toolbox zu Migration in der Friedensförderung. Er unterstreicht die Relevanz einer systematischen und strategischen Auseinandersetzung mit Migration in der Friedensförderung, zeigt einige praktische

Beispiele auf und verweist auf Bereiche, die weitere Arbeit und Aufmerksamkeit seitens der Friedenspolitik benötigen.

links

- Policy Brief "Moving towards peace: migration in peacebuilding policy and practice"

agenda

# Events

## KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer KOFF MEMBER NEWS SEITE.

## ILANZER SOMMER

### Vom 8. bis 14. August 2021

Während des vom Forum für Friedenskultur organisierten Ilanzer Sommer werden rund dreissig Veranstaltungen in Ilanz zum Thema Friedenskultur stattfinden. Geplant sind **kulturelle Anlässe**, ein **FORUM** sowie spannende **Podiumsgäste.** Das erste FORUM Ilanzer Sommer widmet sich dem Kernthema *Friedenskultur in Gemeinden, Schulen und medialer* Öffentlichkeit. Das Kulturprogramm besteht aus **Gedankengängen** mit prominenten Persönlichkeiten sowie der **Filmreihe *Summer of Peace***. Zu den Gästen gehören u. a. Eveline Widmer-Schlumpf, Jakob Kellenberger, John-Paul Lederach und Corin Curschellas.

Anmeldung
Details

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

| | |
|---|---|
| Herausgeber | KOFF |
| Kontakt | Steinengraben 22, 4051 Basel, Schweiz Tel.: +41 (0)31 330 12 12 |
| Redaktion | Sanjally Jobarteh, Fabian Hofmann, Natalina Haller |
| Übersetzung | Übersetzergruppe Zürich, Furrer Übersetzungen |
| Bildmaterial | Minkaman, Bezirk Awerial, Südsudan © Oxfam Ostafrika / Creative Commons |

**KOFF**
Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre
Alliance Sud
APRED
artasfoundation
BAHA'I
Brücke · Le pont
Caux - Initiativen der Veränderung
cfd
Coexistances
DCAF
Eirene Schweiz
Fondation Hirondelle
FriedensFrauen Weltweit
Frauen für den Frieden Schweiz
Graines de Paix
Green Cross Schweiz
GSoA
HEKS
HELVETAS Swiss Int.
IAMANEH Schweiz
IFOR-Schweiz
Interpeace
Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS)
medico international schweiz
mission 21
miva Schweiz - transportiert Hilfe
Peace Watch Switzerland
Peace Brigades International
Peace Nexus Foundation
Quaker United Nations Office
Schweizerischer Friedensrat
Schweizerisches Rotes Kreuz
SCI Schweiz
Solidar Suisse
SOS Kinderdorf
Swiss Academy for Development
SWISSAID
Terre des Femmes Schweiz
terre des hommes schweiz